

Generelle Prüfung von öffentlich-privaten Partnerschaften gefordert

Der Verein Public Private Partnership (PPP) will die gemischtwirtschaftliche Finanzierung öffentlicher Bauprojekte fördern. Grossprojekte könnten dadurch schneller und billiger realisiert werden.

nn. Neuenburg, 5. September

Angesichts knapper öffentlicher Mittel bekunden Gemeinden, Kantone und mitunter auch der Bund Mühe, für staatliche Aufgaben die nötigen Investitionen bereitzustellen. Ein möglicher Ausweg ist die sogenannte Public Private Partnership (PPP), deren Förderung in der Schweiz sich ein gleichnamiger Verein zum Ziel gemacht hat. Bei solchen öffentlich-privaten Partnerschaften werden für die Realisierung von staatlichen Aufgaben private Akteure wirtschaftlich beteiligt. Privates Kapital sorgt für die Investitionen und darf im Gegenzug mit Renditen rechnen – der Staat ist gleichzeitig von der Finanzierung öffentlicher Aufgaben teilweise entbunden. Von der Verbreitung des Modells, das bisher vor allem im angelsächsischen Raum bekannt ist, erhofft sich der Verein PPP Schweiz eine Effizienzsteigerung, da öffentliche Investitionsprojekte auch dank privatem Know-how in der Planung besser, schneller und billiger realisiert werden könnten, wie der Vereinspräsident und Aargauer Ständerat Thomas Pfisterer (fdp.) am Mittwoch vor den Medien in Neuenburg erklärte.

Ein Stadion zum Nulltarif

Als Anschauungsobjekt einer gelungenen öffentlich-privaten Partnerschaft verwies der Verein PPP Schweiz auf das neue Neuenburger Fussballstadion «La Maladière», das als bisher bedeutendstes PPP-Projekt im Land nach einer nur gut vierjährigen Planungs- und Realisierungsphase im Februar eröffnet worden ist. Die moderne Fussballarena bietet Platz für 12 000 Zuschauer und setzt auf eine Mantelnutzung, die neben einem Einkaufszentrum auch Turnhallen sowie ein Interventions- und Rettungszentrum für Ambulanzen und Feuerwehren umfasst. Mit öffentlichen Mitteln allein hätte sich Neuenburg die moderne Fussballarena nicht leisten können, erklärte der Neuenburger Nationalrat Didier Burkhalter (fdp.), der im Vorstand des Vereins PPP Schweiz sitzt. Die Stadt verkaufte das Bauland am Seeufer dem Frauenfelder Generalunternehmen HRS, das zusammen mit anderen Investoren die Investitionssumme von 300 Millionen Franken aufbrachte. «Dank PPP hat Neuenburg sein Stadion zum Nulltarif erhalten», freute sich der frü-

here Neuenburger Gemeinderat Burkhalter.

Dass bei der Realisierung eines Sportstadions mit Mantelnutzung private Investoren durch die Vermietung von Verkaufsflächen einfach Rendite erzielen können, liegt auf der Hand – schliesslich hat die Privatwirtschaft auch schon im Alleingang Sportstadion gebaut. Auch gibt es Beispiele von Investoren, die etwa für die öffentliche Hand eine Berufsschule bauen und diese anschliessend an staatliche Institutionen vermieten. Visionärer klingt Burkhalters Vorschlag, der Plan einer 250 Millionen Franken teuren, unterirdischen Zugverbindung namens «Transrun» zwischen Neuenburg und La Chaux-de-Fonds solle gemischtwirtschaftlich vom Bund und von Privaten realisiert werden. Dank massiv kürzerer Fahrzeit und höheren Frequenzen sollte die Linie im Gegensatz zu heute gewinnbringend betrieben werden können. Dies sowie neue Nutzungsflächen an den Bahnhöfen dürften privates Kapital anlocken, argumentierte Burkhalter. Mit einer Finanzierung durch die öffentliche Hand allein hingegen sei die Realisierung des regionalpolitisch wichtigen Projekts nicht absehbar.

Kaum verbreitet sind in der Schweiz öffentlich-privaten Partnerschaften im Dienstleistungsbereich. Die an der Medienorientierung vorgestellten Vorschläge zielen auf die Auslagerung von Fixkosten, indem der Staat beispielsweise zivile Fahrzeuge nicht mehr selber besitzt und unterhält, sondern nur noch nach Bedarf von spezialisierten Unternehmen mietet. Die Beispiele machten auch deutlich, dass bisher eine genaue Definition von PPP fehlt und sich beliebig anmutende Formen gemischtwirtschaftlichen Handelns unter diesem Deckmantel zusammenfassen lassen.

Prüfung auf PPP-Tauglichkeit gefordert

Grundsätzlich gebe es in fast allen staatlichen Aufgabenfeldern Möglichkeiten, mit der Privatwirtschaft Partnerschaften einzugehen, erklärte Pfisterer. «In der Schweiz ist der finanzielle Leistungsdruck nach wie vor kleiner als etwa in



Deutschland oder Grossbritannien», diagnostizierte der Vereinspräsident. Deshalb stecke PPP in der Schweiz noch in den Kinderschuhen. Nach Ansicht des Vereins PPP Schweiz soll nun eine generelle Pflicht zur Prüfung neuer Bauvorhaben auf ihre «PPP-Tauglichkeit» eingeführt werden. Laut Pfisterer sind dazu keine politischen Vorstösse nötig, da das heutige Recht genügend Spielraum für die situative Anwendung von PPP lasse. Vielmehr versucht der Verein, dem Politiker verschiedener Parteien, Kantone sowie Unternehmen angehören, die Verwaltungen für die Möglichkeit solcher Partnerschaften zu sensibilisieren. Dabei sei es wichtig zu betonen, dass die politische Steuerung beim Staat bleibe und staatliche Aufgaben nicht privatisiert würden.

Der aus finanzieller Sicht bedeutendste Anwendungsbereich von PPP sind zweifelsfrei Hochbauprojekte. Grenzenlos sind die Möglichkeiten von PPP allerdings auch dort nicht. Bei Projekten in der Dimension der Neat zum Beispiel sei der Einbezug der Privatwirtschaft unmöglich, da kein Unternehmer ein derart langfristiges Engagement bei derart unsicherer Kostenentwicklung eingehen könne, erklärte Pfisterer.